Mit amtlichen Schlußkursen.

Einzelpreis 10 Pfennig.

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Prov[illegible]ächsen für Anhalt und Thürin[illegible]

In ganz Halle die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Morgen-Ausgabe

Jahrg. 218 Nr. 8a

Bezugspreis: monatlich 2,40 Goldmark, — Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. — — höhere Gewalt hindert den Verlag von Schadenersatz. — —

Geschäftsstelle Halle-Saale Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Halle-Saale

Sonnabend, 10. Januar 1925

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene 34 mm breite mm-Grundzeile: 12 Pfennig, kleine Anzeigen 8 Pfennig, familiäre Anzeigen 6 Pfennig, Stellengesuche 5 Pfennig. Die 3gespaltene 36 mm breite Grund-Zeile (Anzeigen 60 Pfennig. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort: Halle-Saale. — Für Platzvorschriften übernehmen wir keine Garantie. — —

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 34. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 Sitz der Redaktion — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle Saale

Marx gibt das Rennen auf

Eine Regierung Zentrum — Deutsche Volkspartei?

Marx hat endgültig abgelehnt

Berlin, 9. Januar.

(Eigener Drahtbericht.)

Reichskanzler Marx hat den Auftrag der Kabinettsbildung nunmehr endgültig in die Hände des Reichspräsidenten zurückgegeben, nachdem auch seine letzten Bemühungen zur Bildung eines Kabinetts gescheitert waren. In parlamentarischen Kreisen rechnet man zurzeit damit, daß der von dem Reichspräsidenten neu zu beauftragende Reichskanzlerkandidat eine Kombination auf der Grundlage Zentrum—Deutsche Volkspartei anstreben wird, also eine Minderheitsregierung, die einige Stimmen mehr auf sich vereinen würde als die zuletzt von Herrn Marx vorgesehene Kombination Zentrum—Demokraten. Voraussetzung für diese Lösung würde nach Auffassung parlamentarischer Kreise das Verbleiben des Reichswehrministers Geßler in der künftigen Reichsregierung sein. Als letzte Gründe für das Scheitern der Bemühungen von Marx werden die Bedenken Luthers und Geßlers genannt, in einem so schwach berufenen Kabinett mitzuarbeiten.

Marx hat genug

Berlin, 9. Januar.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Herr Marx hat nun endgültig das Rennen aufgegeben und es ist nicht zu verkennen, daß darüber allgemeine Erleichterung herrscht. Es ist aber trotzdem fraglich, ob der Reichspräsident sich wirklich unmittelbar zur Betrauung des Finanzministers Luther mit der Kabinettsbildung entschließt, denn eine heutige Unterredung des Herrn Marx mit ihm dauerte stundenlang und wird gewiß

dem Ausklügeln neuer Schachzüge

gewidmet gewesen sein. Man hört denn auch, daß der Reichspräsident zuerst einmal noch die Fraktionsführer der ehemaligen Koalition um sich versammeln will und ganz besonders Hellhörige wollen wissen, daß er seinen Ministern die Rücktrittsfrage zu stellen gedenkt. Ein

Rücktritt des Herrn Ebert

würde unseres Erachtens der deutschen Politik durchaus nicht abträglich sein, sondern eher ihrem Ansehen zugute kommen, da sowohl im Magdeburger Prozeß als auch in der Angelegenheit der Gebr. Barmat reichlich Unklarheiten aufgedeckt sind, die dadurch am besten gereinigt würden, wenn sich Herr Ebert als Privatmann den notwendigen Untersuchungen zur Verfügung stellen würde. Die Aussichten und die persönliche Seite einer

Kabinettsbildung durch Luther

jetzt schon zu behandeln, ist also zum mindesten verfrüht.

Die Schwierigkeiten, die zudem in der Preußenfrage liegen, sind bekannt, wenn wir sie auch nicht für unüberwindlich halten. Wahrscheinlich kommen hier die Dinge am Mittwoch nächster Woche schon ganz von selbst in Fluß. Die Volkspartei hat im Preußischen Landtag den Antrag eingebracht, darüber zu beschließen, ob der Landtag auf die Ausübung seines verfassungsmäßigen Rechtes zur **Neuwahl des Ministerpräsidenten** bestehen will. Findet dieser Antrag die Mehrheit, so wird das Rumpfkabinett Braun ungweifelhaft daraus die Konsequenzen zu ziehen haben, auch wenn ihm kein ausdrückliches Mißtrauensvotum ausgesprochen ist. Wie der Erfolg dieses Antrages sein wird, ist allerdings zweifelhaft, da die absolute Mehrheit der Gesamtopposition gegen die Rumpfkoalition nur fünf Stimmen beträgt. Vielleicht aber kann erwartet werden, daß die rechte Gruppe im Zentrum sich diesmal stärker erweist. Dann würde das

Schicksal des Kabinetts Braun besiegelt

sein, und damit sich den Ausweg aus der ewigen Krise eröffnen, der von vornherein hätte gegangen werden müssen. Aber zu irgendeinem Optimismus liegt durchaus noch kein Grund vor.

Die Korruptionsskandale vor dem Reichstag

Ein Untersuchungsausschuß des Reichstages

Berlin, 9. Januar.

(Eigener Drahtbericht.)

Auf Vorschlag des Präsidenten Löbe wird zunächst beschlossen, den Ausschuß für Aufwertungsfragen, für die Kriegsbeschädigten und für die besetzten Gebiete wieder einzusetzen. Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über die Anträge auf

Haftentlassung der kommunistischen Abgeordneten Rosenbaum und Höllein.

Der Ausschuß, über dessen Verhandlungen Abg. Dr. Bell (Z.) berichtet, hat einstimmig die Haftentlassung des Abg. Rosenbaum und die Einstellung des Verfahrens gegen ihn beschlossen. Im Falle Höllein ist die Haftentlassung nicht aber die Einstellung des Verfahrens gegen ihn beschlossen. Der Ausschuß richtet an die Regierung anläßlich des Vorgehens des Untersuchungsrichters Vogt gegen den Abg. Höllein die Aufforderung, dafür zu sorgen, daß Briefe, die von Abgeordneten aus der Untersuchungshaft an den Reichstag gerichtet werden, nicht zurückgehalten werden.

Abg. **von Freytag-Loringhoven** (D. N.) erklärt zum Fall Höllein, daß die Deutschnationalen an ihrem grundsätzlichen Standpunkte festhalten, daß die Immunität der Abgeordneten keineswegs ein Vorrecht sei, und daß sie nicht geneigt seien, eine privilegierte Klasse von Staatsbürgern zu schaffen. Die Parlamentarier müssen allerdings geschützt werden gegen tendenziöse Verfolgungen, es dürfe nicht zugelassen werden, daß eine Regierung einen ihr unbequemen Abgeordneten verfolgen könne, andererseits müsse das Interesse des Staates durch eine gesunde Rechtspflege gehoben werden. Abgeordnete, die sich ein gemeines Verbrechen haben zu schulden kommen lassen, dürfen nicht geschützt werden. Der Redner berührt die Frage des Hochverrats. Hier behaupten zwar die Kommunisten immer, daß sie kein Wässerchen trüben könnten. Aber diese Reden sind nur Phrasen, denn die Kommunisten haben dieselben Ziele wie ihre Freunde in Moskau. Sie würden sich, wenn sie an der Macht wären, keinen Deut um die Immunität kümmern. Von Höllein wird behauptet, „dies Kind, kein Engel ist so rein, soll unserer Huld empfohlen sein". Man spräche sogar von der „Ahnungslosigkeit" des Herrn Höllein. Im Falle Höllein schiene es sich tatsächlich um eine tendenziöse Verfolgung zu handeln, seine Fraktion würde dafür die Kosten [illegible] stimmen.

Abg. **Stöcker** (Komm.) bezeichnet die Fälle Rosenbaum und Höllein als Ungerechtigkeit, mit der die Reichsanwaltschaft ohne Untersuchung kommunistische Abgeordnete in Haft setzt, um sie für den Wahlkampf lahmzulegen.

Abg. **Dittmann** (Soz.) erklärt, seine Fraktion würde in beiden Fällen für Haftentlassung und Einstellung des Verfahrens stimmen. Der Redner wendet sich dann gegen die von deutschnationalen Rednern vorgeschlagene Handhabung in der Immunitätsfrage. 1920 hatten die Deutschnationalen eine andere Haltung eingenommen und die Einstellung des Verfahrens gegen ihr Fraktionsmitglied von der Kerchhoff wegen Steuerhinterziehung und Aktenvernichtung verlangt. (Auf rechts: „Barmat!")

Abg. Dr. **Bell** (Z.) wendet sich gleichfalls gegen den Abgeordneten Freytag-Loringhoven. Es müsse in jedem Falle geprüft werden, ob das Interesse der Strafverfolgung überwiegt, oder das Interesse des Reichstages an der Arbeitsfähigkeit seiner Mitglieder. Das Zentrum mache dem Reichsanwalt nicht den schweren Vorwurf einer tendenziösen Strafverfolgung. Es wird für die Haftentlassung, nicht aber für die Einstellung des Verfahrens stimmen. Dr. Bell weist dann die Angriffe des deutschnationalen Redners gegen den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zurück.

Abg. **von Freytag-Loringhoven** (D.-Nat.) erklärt den Vorwurf der Inkonsequenz nicht tragisch nehmen zu wollen und hält im übrigen seine Ausführungen aufrecht. Im Falle Kerckhoff habe man ausdrücklich um Aufhebung der Immunität gebeten und die erwähnten Akten seien im preußischen Justizministerium verschwunden.

Hier schließt die Aussprache. **Der Antrag auf Einstellung des Verfahrens gegen den Abgeordneten Höllein wird gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Der Ausschußantrag auf Haftentlassung der Abgeordneten Rosenbaum und Höllein und auf Einstellung des Verfahrens gegen Rosenbaum wird einstimmig angenommen.**

Es folgt die dritte Beratung der Novelle zum Postgesetz.

Abg. **Henning** (Nat.-Soz.) Wir beantragen, den Postminister herbeizurufen, oder, wenn er inzwischen zurückgetreten ist, seinen Vertreter, den Staatssekretär vom Reichspostministerium zu hören.

Dieser verbeugt sich lächelnd.

Präsident Löbe: Minister Dr. Hoefle, ebenso wie die übrigen Mitglieder des Kabinetts haben ihr Amt niedergelegt. Er ist vom Reichspräsidenten mit der Fortführung des Amtes beauftragt und führt diesen Auftrag gegenwärtig nicht aus.

Abg. **Henning**: Wir beantragen dennoch die Herbeiziehung des Herrn Dr. Hoefle. Wenn er jetzt auch niedergelegt hat, so wissen wir doch nicht, ob er nicht bald wieder als Stehaufmännchen auftaucht. Es wäre angesichts der

Beteiligung dieses Herrn am Barmatskandal

unerträglich.

Der Antrag auf Herbeiziehung des Dr. Hoefle wird gegen die Deutschnationalen, Kommunisten, Nationalsozialisten und **einigen Sozialdemokraten abgelehnt.**

Abg. **Henning** (Nat.-Soz.): Wir beantragen nunmehr Absetzung des Gegenstandes von der Tagesordnung. Wir können nicht mehr für die Post etwas bewilligen, solange die Gefahr besteht, daß Dr. Hoefle das Geld wieder Herrn Barmat zuführt, denn wenn er in den Barmatskandal verwickelt ist, muß er von Reichspräsidenten sofort seines Amtes enthoben werden, wenn er es nicht schon niedergelegt hat. Wir haben weiteres Material und werden gegen Dr. Hoefle die Untersuchung beantragen.

Abg. **Fehrenbach** (Z.) verlangt, daß dieser traurige Fall bei einer anderen Gelegenheit geklärt werden könne.

Abg. Dr. **Scholz** (D. V. P.): Wir haben gegen die Herbeiziehung des Ministers Dr. Hoefle gestimmt. Wenn aber eine Partei die Absetzung eines Gegenstandes von der Tagesordnung beantragt, weil sie dabei Aufklärung von der Regierung verlangt, **so müssen wir der Absetzung zustimmen,** obgleich wir eine verhandlungsfähige Regierung nicht haben.

Der Antrag Hennings auf Absetzung der Postnovelle von der Tagesordnung wird gegen die Stimmen der Mitte angenommen.

Es folgen nun die

Beratungen der Amnestieanträge.

Zur ersten Beratung kommen die von den Kommunisten, den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen vorgelegten Gesetzentwürfe wegen Straffreiheit für politische Straftaten (Amnestieanträge). Die Begründung des von den Kommunisten eingebrachten Entwurfes gibt

Abg. **Gesicke** (Komm.): **Die Klassenjustiz,** das einzige Machtmittel der Reaktion gegenüber der Arbeiterschaft, tobt sich ungehindert aus. Bis auf den heutigen Tag hat man die Arbeiter, die im Kapp-Putsch die schwarz-rot-goldene Republik verteidigten und dafür in die Gefängnisse geworfen wurden, nicht amnestiert. Herr von Jagow ist freigelassen; Herr Hitler, der tatsächlich im November 1923 Hochverrat geübt hat und die deutsche Republik stürzen wollte, geht heute frei herum. Die Sozialdemokraten wollen die revolutionäre Bewegung einfach meucheln. Sie betreiben einen Rachefeldzug gegen die Kommunisten, gegen die einzige Arbeiterpartei Deutschlands.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (Soz.) begründet den Entwurf der Sozialdemokraten. Er verlangt in der Hauptsache Straffreiheit für Straftaten, die begangen wurden: 1. im Jahre 1919 im Zusammenhang mit den Unruhen in Bayern; 2. im Zusammenhang mit den Märzunruhen von 1921; 3. 1923 im Zusammenhang mit den Lebensmittelunruhen oder mit dem Einrücken der Reichswehr in Sachsen und Thüringen oder in der Abwehr monarchistischer Bestrebungen oder in Lohnkämpfen; 4. durch Bekanntgabe des Bestehens verbotener Organisationen. Die Kommunisten hätten kein Recht zu ihren Angriffen, denn sie hätten durch ihre Kämpfe gegen das Londoner Abkommen die Amnestierung vieler politischer Gefangenen verhindern wollen.

Abg. **Thälmann** (Komm.) ruft: „Gemeiner Schieber!" Er wird vom Vizepräsidenten Gräf-Thüringen zur Ordnung gerufen.

Abg. **Lohmann** (Dtsch.-Nat.) beantragt,

alle drei Entwürfe dem Rechtsausschuß

zu überweisen. In dem Antrag der Deutschnationalen seien alle am Kapp-Putsch Beteiligten berücksichtigt, die, wie vor allem Kapitän Ehrhardt, der Amnestierung noch nicht teilhaftig geworden sind. Ehrhardt sei bereit, wenn er politisch amnestiert werde, sich den deutschen Gerichten wegen des gegen ihn anhängigen Disziplinarverfahrens zu stellen. Ebenso sei die Amnestierung auf die im Oktober 1923 Verurteilten, wie auch die im Prozeß gegen die Organisation Consul Verurteilten und alle ähnlichen Fälle auszudehnen.

Die drei Gesetzentwürfe werden dem Rechtsausschuß überwiesen. Der Präsident schlägt **Vertagung bis spätestens Mittwoch vor.**

Abg. **Stöcker** protestiert gegen eine Vertagung. Der Reichstag dürfe in dieser Zeit, wo die Korruption zum Himmel stinke, nicht auseinandergehen.

Abg. **Müller-Franken** (Soz.) weist darauf hin, daß morgen die politische Aussprache im Auswärtigen Ausschuß beginnen wird. Gleichzeitig könnten nicht Plenarverhandlungen stattfinden, schaffen werden. (Lärm bei den Nationalsoz.)

Abg. **v. Gräfe** (Nat.-Soz.) protestiert gleichfalls gegen eine längere Vertagung. Die Korruptionsskandale stinken zum Himmel oder der Reichstag geht ruhig auseinander und sagt: Laßt sie stinken, laßt sie stinken! (Heiterkeit.) Wir beantragen für morgen eine Plenarsitzung, in der die politische Aussprache beginnen soll.

Abg. **Fehrenbach** (Z.): Wir wünschen dringend, daß recht bald eine gründliche Aufklärung der in der Presse erhobenen Angriffe erfolgt. Aufklärung kann nur in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß ge-

Abg. **Dittmann** (Soz.) erklärt, daß in der deutschnationalen Presse behauptet werde, er, Dittmann, habe in Amsterdam mit Barmat verkehrt. Diese Behauptung sei glatt erlogen. (Hört! Hört!)

Auf Vorschlag des Präsidenten Löbe wird **sofort durch einstimmigen Beschluß der von den Deutschnationalen beantragte aus 18 Mitgliedern bestehende parlamentarische Untersuchungsausschuß eingesetzt, der die Beziehungen Barmats zu Reichsstellen prüfen soll.** Im übrigen bleibt es bei der Vertagung nach dem Vorschlag des Präsidenten.

Schluß 1/8 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192501102-13/fragment/page=0001

Eine würdelos verpuffte Landtags-Kundgebung

Widerrechtliches Verhalten Brauns

Berlin, 9. Januar.

Auf der Tagesordnung der stark besuchten Sitzung steht als einziger Punkt:

Kundgebung gegen die rechtswidrige Verlängerung der Besetzung

der ersten Zone des altbesetzten Gebietes im Westen.

Präsident Bartels eröffnete die Sitzung mit der

Verlesung einer Protesterklärung

wegen der Nichträumung der Kölner Zone. Sie lautet u. a.:

Der preußische Landtag schließt sich am Vorabend des Tages, der ganz Deutschland mit neuer Empörung erfüllen muß, dem Proteste der Reichsregierung vollinhaltlich an. Der Krieg und die Kriegsfolgen haben von Preußen die schwersten und meisten Opfer verlangt. Ganze fruchtbare Provinzen und wirtschaftlich wichtige Grenzländer im Norden und Süden, im Osten und Westen, die für preußische Kultur und Volkswirtschaft von der größten Bedeutung waren, sind durch den Ausgang des Krieges verloren gegangen. Das Rheinland, eine der blühendsten preußischen Provinzen, ist seit Kriegsende

der Willkür fremden Machtwillens

preisgegeben. Das Saargebiet ist wider alles Recht tatsächlich fast ganz dem deutschen Einfluß entzogen. Die widerrechtliche Besetzung des Ruhrgebiets und der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort ist immer noch nicht rückgängig gemacht. Jetzt sollen auch noch die im Versailler Friedensvertrag festgesetzten Räumungsfristen unter vorgeschützten Gründen verlängert werden. Gegen diesen Gewaltakt legt der Landtag als die Vertretung des preußischen Volkes entschiedenste Verwahrung ein. Im Kampfe um die Befreiung der Westmark gibt es keine Meinungsverschiedenheit; das Reich und Preußen, das ganze deutsche Volk werde diesen Kampf bis zum guten Ende kraftvoll durchführen. Der Bevölkerung der besetzten Gebieten aber versichert der Landtag seine höchste Anerkennung und tiefe Dankbarkeit, ihr in ihren Leiden beistehen. Der Landtag dankt ihr für ihre auch in schwersten Zeiten bewährte treue deutsche Gesinnung. (Lebhafter Beifall.)

Als darauf Ministerpräsident Braun **entgegen dem Wunsche des Aeltestenrates das Wort ergriff, verließen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Nationalsozialisten bis auf einige wenige Abgeordnete den Saal.** Insbesondere von den Sozialdemokraten wurde der Auszug der Rechten mit **tosendem** Lärm und erregten Zurufen begleitet. Erst nach geraumer Zeit konnte Ministerpräsident Braun seine Ausführungen beginnen. Er schloß sich namens der preußischen Staatsregierung der Erklärungen des Landtagspräsidenten vollinhaltlich an. Er sagte, kurz zusammengefaßt, folgendes:

Die Preußische Staatsregierung ist sicher, **daß auch** diese neue schwere Prüfung, die wir

noch nicht als unabänderlich

hinnehmen können und wollen, von den Rheinländern mutig und standhaft ertragen werden wird. Die preußische Regierung aber wird alles, was in ihren Kräften steht, tun, um das Los der betroffenen Bevölkerung zu erleichtern. Sie wird bestrebt sein, die Reichsregierung mit allem Nachdruck in dem Bemühen zu unterstützen, im Wege der Verhandlungen die baldige Räumung der ersten Zone und mit ihr auch des widerrechtlich besetzten Ruhrgebietes zu erwirken.

Im Anschluß an die Rede des Ministerpräsidenten ergriff, nachdem die Abgeordneten der Rechten wieder im Saale erschienen waren, der

Nationalsozialist **Körner** das Wort zu einem kurzen Protest dagegen, daß Ministerpräsident Braun im Namen des preußischen Volkes spräche, obwohl er nicht neu gewählt sei.

Zwischen der Rechten und der Linken wurden während dieses Protestes Schmährufe schlimmster Art gewechselt, der Lärm steigerte sich immer mehr, und von kommunistischer Seite erscholl der höhnende Ruf: Das ist ja eine feine Kundgebung! Die Unruhe hielt unausgesetzt an, insbesondere, als der Kommunist Kerff in einer Erklärung die Freilassung der politischen Gefangenen forderte.

Der **deutschnationale** Abg. **Dr. Winkler wurde gleichfalls mit** großem Lärm empfangen. Er erklärte, fortdauernd von den Zwischenrufen der Linken unterbrochen, daß diese Kundgebung, die in Würde die Einigkeit des deutschen Volkes gegenüber den Gewaltmaßnahmen der Entente zeigen sollte, auf das heftigste gestört worden sei dadurch, daß der preußische Ministerpräsident Braun das Wort zu einer Regierungserklärung genommen habe, obwohl er

nicht mehr dazu berechtigt

und der Aeltestenrat auch dagegen gewesen sei. (Großer, anhaltender Lärm im ganzen Hause, die Sturmglocken dauerten minutenlang an, und der Präsident vermochte nur mühsam die Ruhe wiederherzustellen. Immer wieder erneuerte sich der Lärm, so daß schließlich Dr. Winkler unter lebhaften Bravorufen einerseits und lebhaften Pfuirufen auf der anderen Seite die Tribüne verließ.)

Mit einem Riesenskandal seitens der Kommunisten wurde als nächster Redner Abg. **Wulle** (Nat.-Soz.) „begrüßt". Wulle erklärt, daß papierne Proteste gegen das Vorgehen der Entente nicht nützen würden.

In der weiteren Aussprache wirft Abg. Dr. von Campe (D. Vpt.) dem Ministerpräsidenten Braun vor, er habe Zwietracht in das deutsche Volk getragen.

Ministerpräsident Braun verteidigt sich gegen diese Behauptung. Nach weiteren stürmischen Auseinandersetzungen wird die Sitzung geschlossen. Die nächste Sitzung findet am nächsten Mittwoch 3 Uhr statt.

Das goldene Zigarettenetui — und anderes mehr

Berlin, 9. Januar.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Die verschiedenen Herren Staatsmänner, die auf die eine oder andere Weise im Barmat-Sumpf hineingeraten sind, lassen ein Dementi nach dem anderen los, ohne damit die Beweiskräfte vorliegender Dokumente entkräften zu können. Für den Polizeipräsidenten Richter, der nach Annahme des „Lokalanzeigers" erst von Herrn Barmat ein goldenes Zigarettenetui geschenkt erhielt, das er, mit seinem silbernen Namenszug versehen, dem Geber zurückerstattete, damit dieser mit dem hanogreifischen Beweis seine

Freundschaft zum Berliner Polizeipräsidenten prunken

konnte, wirft sich Herr Severing in die Bresche. Er teilt demokratischen Zeitungen mit, daß ihm von einer Ausdehnung der staatsanwaltschaftlichen Untersuchung auf den Polizeipräsidenten Richter **nichts bekannt sei und daß er daher die Stellung des** Polizeipräsidenten Richter bisher nicht in Erwägung zu ziehen hatte. Herr Richter selbst behauptet, für das erwähnte goldene Zigarettenetui nur den silbernen Namenszug geschenkt zu haben. Immerhin ist dieser Namenszug ja das Wesentliche. Auch das Büro des Reichspräsidenten dementiert unabläßig, wobei wir allerdings vermissen, daß das jedem Staatsbürger also auch Herrn Ebert zur Verfügung stehende Mittel gerichtlicher Richtigstellung angewandt **oder auch nur angekündigt wird.** Die Photographie Eberts auf **dem Schreibtisch** des Herrn Barmat gehöre in das Reich der Fabel. Allerdings sei die Photographie des Reichspräsidenten mit saffimilierten Namenszug öffentlich käuflich zu haben. Nun, wir denken, daß der Bankdirektor, der dem deutschen Generalkonsulat in Amsterdam diese Mitteilungen machte, sich zu diesem Dementi noch äußern wird. Nun hört man von Herrn Kutiskers Beziehungen neue erstaunliche Dinge. So teilt die „Kreuzzeitung" mit, daß

gegen den Oberbürgermeister Boeß ein Disziplinarverfahren

beantragt worden sei, weil er dem Wohnungsamte Wilmersdorf mitgeteilt habe, eine Wohnung, für die Herr **Kutisker** keine Kaufberechtigung hatte, sei gegen den Beschluß des Ausschusses für Wohnungswesen und entgegen der Stellungnahme des zuständigen Wohnungsamtes Herrn Kutisker zu überlassen.

Barmat und Polizeipräsident von Richter

Berlin, 9. Januar.

Zu den Mitteilungen über die Beziehungen zwischen Julius Barmat und dem Polizeipräsidenten von Richter erfahren wir folgendes: Polizeipräsident von Richter, der, wie er schloß erklärt, mit Julius Barmat eng befreundet und auf Schloß Schwanebeck häufiger Gast war, besaß bei der Merkurbank, die bekanntlich zum Barmatkonzern gehört, ein Konto in Höhe von fünftausend Mark. Dieser Kredit war dem

Polizeipräsidenten von Julius Barmat eingeräumt

worden, und der Polizeipräsident hatte sich verpflichtet, diesen Kredit später zurückzuzahlen. Bisher sei dies **noch nicht erfolgt.** Die Untersuchung der Behörde geht dahin, ob auch bei anderen Bankunternehmungen der Gebrüder Barmat ähnliche Konten bestanden haben und es wird verlangt, daß Julius Barmat die schriftlichen Vereinbarungen vorlegt, die er mit Freunden über die Errichtung von Konten bei dieser oder jener Bank getroffen hat. Die Tatsache, daß der Privatsekretär des Polizeipräsidenten Stoezeker beim Barmat tätig gewesen ist, so lastet den Sekretär, sofern nicht eine Erklärung des Polizeipräsidenten hier Aufklärung schafft. Stoezeker, der früher eine Stellung als Parteifunktionär bekleidet, ist auf Wunsch des Polizeipräsidenten als Angestellter dieser Behörde durch die Personalabteilung des Polizeipräsidiums engagiert worden und bezog ein Gehalt, das dem eines Beamten in Gehaltsklasse 7 entsprach, aus der Staatskasse. Ebenso hat sich Stoezeker

unter Umgehung des Instanzenweges

an den Leiter des Polizeipräsidiums direkt gewandt und von diesem die Erlaubnis erhalten, in seinen freien Stunden im Amerikakonzern, der Zentrale des Barmatkonzerns, zu arbeiten.

Die Geschäfte des Reichskanzlers a. D. Wirth

Berlin, 9. Januar.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Der „Tag" teilt beachtliche Einzelheiten über „Mologa, Holzindustrie-A.-G." mit, die eine Gründung der schlimmsten Inflationszeit ist und als deren Zweck die holzwirtschaftliche Betätigung in Rußland angegeben wird. In ihrem Aufsichtsrat sitzen Herr Reichskanzler a. D. Dr. Joseph Wirth, Herr Reichskanzler a. D. Fehrenbach, Staatsrat Dr. Haag und selbstverständlich der unvermeidliche Abg. Lange-Hegermann. Die „Mologa" hat sich vom Reichspostminister Hoefle im Vorjahre 12 Millionen Goldmark aus den Geldern der Reichspostverwaltung geliehen, um damit die Geschäfte zu betreiben, die sie laut handelsgerichtlicher Eintragung eben betrieb, nämlich Holzgeschäfte mit den Bolschewisten. Die Tatsache eines solchen Verbrechens war im Uebrigen in Wirtschaftskreisen bereits seit langem bekannt, aber man scheute sich, die Oeffentlichkeit darüber aufzuklären, da man unverständlicherweise immer noch an dem in Friedenszeiten gewiß berechtigten Grundsatz festhielt, daß die Wirtschaft sich auch im engen Kreis auf ihre eigenen Aufgaben zu beschränken und so wenig wie möglich in den Streit der Oeffentlichkeit einzugreifen hätte. Die jetzt aufgedeckten Korruptionsfälle werden es hoffentlich auch dem zurückhaltendsten Wirtschaftsführer endlich klar machen, daß es auch seine nationale Pflicht ist, auf diese Dinge ein Auge zu werfen und Schädlinge rücksichtslos bloßzustellen.

Keine Haftentlassung für Barmat und Kutisker

Berlin, 9. Januar.

(Eigener Drahtbericht.)

Wie die Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Untersuchungsrichter sowohl in der Barmat-Sache als auch in der Kutisker-Angelegenheit unter Verwerfung der Haftentlassungsanträge der Angeklagten die Haftbefehle des Ermittlungsrichters bestätigt.

Die Verteilung der deutschen Jahresleistung auf Montag vertagt

Paris, 9. Januar.

Die Finanzministerkonferenz hat die Beratung über die Verteilung der deutschen Jahresleistung unter Beteiligung Amerikas auf Montag vertagt.

Ein historischer Leichenfund?

Leipzig, 9. Januar.

Auf dem Gelände der an der Lützner Straße gelegenen Sandgrube der Firma Brömme wurden, wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten" melden, dicht an der Landstraße, etwa einen halben Meter unter der Erdoberfläche auf der Kiesschicht

menschliche Gerippe gefunden.

Nach den Feststellungen der Kriminalpolizei scheinen diese schon **sehr lange in der Erde zu liegen.** Mutmaßlich **sind es die** Ueberreste Gefallener von 1813. Sie wurden gesammelt und dem Institut für gerichtliche Medizin vorgelegt.

Unfall auf dem Schweriner Bahnhofe

Gestern abend gegen 10½ Uhr sind auf dem Bahnhof in Schwerin fünf Lokomotiven beim Umsetzen auf ein anderes Gleis auf den Prellblock **aufgefahren.** Dabei scheiden sich die Maschinen ineinander. Zwei Lokomotivbedienstete wurden **leicht verletzt.** Der **Lokomotivheizer** Metzger **aus** Düsseldorf wurden **getötet.** Die Schuldfrage wurde **noch nicht** geklärt.

Die Fliege im Bernstein

29.

Roman von E. von Adlersfeld-Ballestrem.

„Ah, meine liebe Thea, ich spreche natürlich nur ganz theoretisch. Was **ich meine, ist,** daß alles auf den Bernstein ankommt, also auf den Menschen, der seine Pläne mehr oder minder gut ausarbeitet. Uebrigens hat die Theorie des Herrn Windmüller auch ihre angreifbaren Seiten, wenn sie nicht damit rechnet, daß es weiterdenkende Personen sind, die geschickt genug sind, die Stellen des Bernsteins wegzuschleifen, welche unliebsame Einschlüsse enthalten; der Weise wird auch lieber sein Stück Bernstein teilen und sich mit der kleineren Hälfte, die ihn nicht gefährden kann, begnügen, wenn anders er imstande ist, der Hoffnicht Herr zu werden."

„Gibt es Verbrecher, die sich mit dem kleineren Rauhe begnügen, wenn sie den größeren greifbar vor sich sehen?" fragte ich.

„Das kommt eben auf den — hm — Charakter an, sagen wir, auf das Maß von Erziehung, das jemand genossen hat" meinte der Doktor mit einem flüchtigen Lächeln, das wohl meiner Naivität galt. „Es gibt gewiß nicht viele — Ueberlegtere des Gesetzes, die das große Stück liegen lassen und sich mit dem kleineren begnügen, weil dieses mehr Sicherheit vor Entdeckung bietet. Ich bin aber doch überzeugt, daß es solch kluge Leute gibt, mehr gibt, als der Herr Doktor Windmüller anzunehmen scheint, und darin liegt der Rechenfehler seiner Theorie."

„Wieso Rechenfehler?" fragte ich. „Jedes entdeckte und gesühnte Verbrechen hat seine Fliege im Bernstein gehabt."

„Das war's was ich bestritt, liebe Thea. Ich wollte nur dartun, daß die Erscheinung der Fliege im Bernstein nicht die Regel, sondern die Ausnahme ist."

„Mit anderen Worten: die uralte Weisheit „Daß dich nicht erwischen!" findet mehr Beherzigung, als wir's uns träumen lassen. Wer war's doch, der den kühnen Ausspruch getan hat, daß „das Verbrechen eine Kunst ist"? War's nicht Lombroso? Nun, der Himmel soll uns auf alle Fälle vor solchen „Künstlern" in Gnaden bewahren!" rief ich aus, und damit war das Thema erledigt, denn der Doktor antwortete nur mit einem Achselzucken darauf, das wohl sagen wollte: damit hat es noch gute Wege.

„Als wir den Palatin verließen, Frau von Eckschmidt aber trotz Verabredung vor dem Eingang nicht vorfanden, machte ich natürlich den Vorschlag, heimzukehren, um den Doktor nicht in Unruhe über den Verbleib seiner Gattin zu lassen. Er meinte zwar, daß ihr Nichterscheinen durchaus keine Veranlassung böte, unseren Tag abzukürzen, denn sie hätte ihr Nachkommen ja offen gelassen; ich aber mußte eingestehen, daß ich sehnüde und meine Aufnahmefähigkeit für neue Eindrücke erschöpft sei.

Ich glaube, ich habe dem Doktor mit diesem Eingeständnis einen großen Gefallen getan, denn er war gleich bereit, heimzukehren, was wir denn auch zu Fuß taten.

So war's fünf Uhr vorbei, ehe wir wieder im Palazzo Roccasanta anlangten und von Frau Modesta, die zu müde gewesen war, uns zu folgen, mit einer sehr willkommenen Tasse Tee empfangen wurden.

Briefe waren weder von meinen Verwandten noch von meinen Freunden oder von Mater Teresa für mich eingetroffen. Nun, die Predigt von meinen Verwandten kann ich mit heiterer Ruhe abwarten; daß man auf Trinita de' Monti meinen Brief nicht erhalten hat, steht jetzt aber wohl fest. Wahrscheinlich ist er im Briefkasten in den Umschlag einer Drucksache geschlüpft und reist darin vielleicht jetzt ans andere Ende der Welt, oder der falsche Empfänger hat ihn einfach in den Papierkorb geworfen.

Mit gespannter Erwartung öffnete ich nach dem Tee meinen Schreibsekretär, um zu sehen, ob meine Falle ihren Dienst getan. Ich hatte eine unbeschriebene Ansichtspostkarte innen in das Schloß geklemmt; wenn also jemand, der das nicht wissen konnte, die Klappe zurückschlug, so konnte er glauben, daß die Karte sich dabei von einem Stoß darunterliegender Papiere selbsttätig oder vielmehr durch die Klappe herabgeschoben hatte. Nun, um's kurz zu machen: die Karte klemmte nicht mehr in dem Schloß, sondern lag, ein säuberlich mit der Ansicht nach oben, neben dem Papierstoß. Wohin sie übrigens keinesfalls hätte fallen können, weil ich sie mit der Ansicht nach unten eingeklemmt!

Das war aber noch nicht alles. Mir scheint, wenn der Mensch einmal mißtrauisch wird, dann entwickelt sich diese unangenehme Eigenschaft gleich gründlich, denn ich untersuchte nun meine sonstigen Gelasse, schließlich und so weiter und glaubte auch darin die Spuren einer Nachsuchung zu entdecken. Mit Bestimmtheit kann ich das aber nicht behaupten, hingegen bin ich fast sicher, daß unter der Matratze gesucht worden ist, denn das Bettlaken war nach einer anderen Methode untergeschoben, als ich es gewohnt bin.

Nun frage ich: Was ist das für eine Person, die die Möbel mit Nachschlüsseln öffnet und sogar das Bett als ein mögliches Versteck durchsucht? Kennt der Doktor diese „Eigentümlichkeit" seiner Frau auch? Billigt er sie?

Ich möchte diese Fragen gern im Namen aller anständigen Menschen mit „Nein" beantworten. Bis ich nicht den Gegenbeweis habe, kann und will ich den Doktor nicht mit dieser ordinären Person, die er das Unglück hat, seine Frau zu nennen, vergleichen. Ihn, einen Mann von dieser Bildung, mit dem tadellosen Benehmen eines Edelmanns! Zwar, in dieser Beziehung ist Frau von Eckschmidt auch eine Dame, was aber nur beweist, daß der Firnis ein Stück Tanne noch nicht zum Ebenholz macht. Bleibt also die Bildung, die den Menschen über gemeine Instinkte erhebt — wenigstens erheben sollte. Nein, der Doktor weiß sicher nichts von dieser unsagbar verächtlichen Neugierde, um's mild auszudrücken. Ich kann und will nicht glauben, daß sie im Einverständnis mit ihm handelt.

Was hat sie wohl suchen wollen? Mein Tagebuch? Ja, woher weiß sie denn, daß ich eins führe! Sie müßte mich abends durch das Schlüsselloch daran schreiben gesehen haben, was schon möglich wäre, denn mein Sekretär steht der Tür gegenüber. Schließlich ist ja aber ganz gleichgültig, was sie bei mir sucht; das Wesentliche ist, daß ich hier im Hause einer unerträglichen Kontrolle unterworfen bin, woraus sich für mich die Notwendigkeit ergibt, den mütterlichen Fittichen Frau Modestas ein- für allemal Valet zu sagen — mit dürren Worten: die Weltreise in den Rauchfang zu hängen und zu gehen. Wie ich's mir schon vorgenommen, will ich das des Doktors wegen nicht mit einem Krach vom Zaune brechen, ganz abgesehen davon, daß man dabei allemal den kürzeren zieht. Ich muß auch Zeit haben, meine nächste Zukunft zu überdenken und in die Wege zu leiten.

Am liebsten ginge ich morgen früh schon fort, denn es ist hart, fernerhin harmlos vor dieser Frau zu scheinen; es war mir heute abend schon schwer genug, schwer bis zur Unerträglichkeit geworden. Ich habe dann Kopfweh vorgeschützt und mich zurückgezogen und sitze nun vor dem Problem: wie fange ich's an, meine Flucht zu rechtfertigen, dem Doktor glaubhaft zu machen. Mein Rettungsanker ist jetzt der Brief von meinen Verwandten, mit dem ich vorgeben könnte, daß sie mich in die Heimat zurückrufen, wohin ich übrigens durchaus nicht die Absicht habe, zu gehen. Aber das steht ja auf einem anderen Blatte.

Der Weg, mich zu demütigen, blieb auch noch offen, das heißt, ich könnte der vernünftigten meiner Tanten schreiben, daß ich in der Wahl meiner Gefährten nicht glücklich war, und sie bitten, mich durch eine Depesche zu sich zu rufen. „Dringend deine baldige Anwesenheit hier erforderlich. Wichtige Geschäfte. Nur persönlich." Das wäre so ungefähr der Inhalt des Telegramms, das ich vorzeigen müßte, um meine Abreise glaubhaft zu machen. Ich hasse aber Ausflüchte, denn sie sind die Zwillingsschwestern der Lüge. Doch was bleibt mir übrig, wenn ich den guten Doktor nicht kränken will!

Wenn die Herzogin mich morgen nach Poggio Laureto einladen wollte, dann, ja dann würde ich gehen, oder doch wenigstens so tun, um nicht mehr hierher zurückzukehren. Oder soll ich's hier noch aushalten?

Ich will mir's jetzt beschlafen. Poggio Laureto ist zu einer weit größeren Versuchung geworden, denn das wäre eine Lösung, die mich nicht in die Hände meiner Verwandten gibt und mir gestatten würde, in Rom zu bleiben. Es fragt sich nur, ob ich die Freundlichkeit der Herzogin in dieser Weise ausnutzen darf, vorausgesetzt, daß ihr Verbrechen kein leeres war, das sie überhaupt nicht zu halten gedenkt oder schon längst wieder vergessen hat.

Nun, guter Rat kommt über Nacht.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192501102-13/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 10. Januar.

Der Gemeindehaushalt

Das Haushaltsjahr beginnt in den Gemeinden wie in den Staaten und im Reich am 1. April. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Voranschläge den Gemeindekörperschaften rechtzeitig zur Durchberatung zu unterbreiten. Die kommenden Monate werden deshalb in der Hauptsache der Erledigung des Haushalts für das neue Statsjahr 1925/26 gewidmet sein. Es bedeutet immer ein günstiges Zeichen für eine Gemeinde, wenn es den verantwortlichen Körperschaften gelingt, den Haushalt so rechtzeitig fertig zu stellen, daß er am 1. April bereits in Kraft treten kann. Das ist in kleineren Gemeinden allerdings leichter als in den Großstädten, in denen die Verabschiedung des Etats große Ansprüche an die Zeit und Arbeitskraft der Stadtverordnetenversammlungen und noch mehr des Haushaltsausschusses stellt. Denn eine Durchberatung der einzelnen Etatspositionen ist im Plenum aus praktischen Gründen unmöglich. Die Kleinarbeit, die auf dem Haushaltsgebiet besonders wichtig ist, kann nur in einem kleineren Kreise von besonders geschulten Stadtverordneten erfolgen. Auch hier nur kommen von den einzelnen Dezernaten die erforderlichen genauen Auskünfte und Nachweisungen gegeben werden. Es versteht sich von selbst, daß auch in den besonders dafür eingesetzten Ausschüssen die Verhandlungen nicht glatt und reibungslos verlaufen. Neben Einzelwünschen der verschiedensten Art treten hierbei politische Rücksichten ein gewichtiges Wort mit. Es kommt gelegentlich vor, daß um eine einzige verhältnismäßig unbedeutende sächsische Position wochenlang erbittert gekämpft wird. So gibt es Hemmungen aller Art, die sich nur allmählich überwinden lassen, und nur zu oft ist der April herangekommen ohne daß auch nur in den Ausschüssen, viel weniger im Plenum eine Verabschiedung des endgültigen Haushalts für das neue Jahr gedacht werden konnte, wie dies auch in Halle der Fall ist.

In den letzten Jahren waren die Haushaltsberatungen besonders schwierig, weil durch die fortschreitende Geldentwertung ohne auch nur annähernde Vorausberechnung der Gemeindeausgaben und -Einnahmen unmöglich gemacht wurde. Man stritt sich über Einzelheiten, aber man mußte sich eingestehen, daß es praktisch unmöglich sei, auch nur annähernd vorauszusagen, ob es gelingen würde, Ausgaben und Einnahmen einigermaßen untereinander ins Gleichgewicht zu setzen. Denn auch abgesehen von den Schwankungen der Mark ließ sich nicht übersehen, in welcher Höhe die Zuschüsse aus Reich und Staat der einzelnen Gemeinde tatsächlich zufließen würden. Waren doch die Gemeinden in hohem Maße von den Einnahmen des Reichs und der Länder abhängig. Sie standen also vor der schweren Aufgabe, mit einer ganzen Reihe unsicherer Faktoren zu rechnen, ohne doch das Ziel eines finanziellen Ausgleichs der Gemeinderechnung aus den Augen zu verlieren. Daß dieser Ausgleich nicht immer gelang, daß die Haushaltszahlen sich immer weniger als brauchbarer Maßstab für die städtische Kämmerei erwiesen, kann nicht weiter überraschen. Je länger je deutlicher stellte sich heraus, daß die Haushaltszahlen nur auf dem Papier standen, während die Entwicklung ganz andere Wege einschlug und zu ganz anderen Ergebnissen kam.

Diesmal liegen die Dinge wesentlich günstiger. Einmal ist eine übersichtliche Verteilung zwischen den Einnahmen des Reichs, der Länder und Gemeinden eingetreten, vor allem aber können die Gemeinden infolge der Stabilisierung unserer Währung wieder mit bestimmten Mitteln rechnen. Sie haben heute auch, was noch vor Jahresfrist nicht der Fall war, die Möglichkeit, Vergleiche zwischen den Einnahmen und Ausgaben des zu Ende gehenden Haushaltsjahres zu ziehen. Ein schematischer Ausgleich zwischen den städtischen Ausgaben und Einnahmen ist deshalb heute leichter möglich als noch im vorigen Jahre. Dafür treten aber neue Schwierigkeiten hervor, an denen man in den Inflationsjahren vorüberging. Es muß diesmal der Versuch gemacht werden, nicht bloß ein zahlenmäßiges Gleichgewicht im städtischen Haushalt herzustellen, sondern auch die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler gebührend zu berücksichtigen. Denn soviel ist ohne weiteres klar, daß die kommunalen Steuern in der bisherigen nur aus der Inflation zu erklärenden Höhe nicht länger aufrecht erhalten werden können. Ein Abbau der Gemeindesteuern, in erster Reihe der Gewerbesteuer, ist eine unabweisbare Forderung des neuen Haushalts. Um dieses Ziel zu erreichen, ist aber eine weitgehende Sparsamkeit im Gemeindehaushalt erforderlich. Die formalen Schwierigkeiten der Haushaltungsberatung können als überwunden gelten. Dafür treten die sachlichen Schwierigkeiten zur Herstellung des Gleichgewichts um so stärker in den Vordergrund der Gemeindeberatungen.

Kirchliche Nachrichten

Für den 1. Sonntag nach Epiphanias, den 11. Januar 1925.

Kürzungen: Abendmahl (A.), Bibelstunde (B).

U. 2. **Frauen:** 10½ Kinderottesd. Knoblauch. 4 f. Schwerhörige in der Gertraudenkapelle Winterdorf. 6 Knoblauch. 8 Kundgebung der ev. Schulgemeinde. Montag. 8 (B.) im Reformrealgymnasium Schlemmer. — St. Ulrich: 10 Thiele (A). 6 Ruhmer. — St. Mark-Ost: 10 Bessau Kranbeisetz. 6a Ruhmer. — St. Moritz: 10 Lotz. 5 Kolaß. — Hospital: 3½ Keller. — **Dom:** 10 Wind, 11¼ akad. Gottesd. Eger, 5 Epiph-Feier d. K. Gottesd. Wind. Dienst. bibl. Betpr. Lang. Mittwoch 8 Lang. — **Laurentius:** 10 Gebriel, 8 Gabriel. Montag 8 (B.). Gem.-Haus Gabriel. Dienstag 8 (B.). Gem.-Haus Gabriel. — **Stephanus:** 10 Jahresfest der Frauenhilfe Hagemeyer, 5 Meinhof. Donnerstag 8 (B). Gem.-Haus Meinhof. — **St. Georgen:** 10 Kantorin, 5 Giesecke. — **Giebichenstein:** 10 Reitz. — **Reuschau:** 10 Buch (A.), 5 Jacobi. — **Johannes:** 10 Rahmer (A.), 6 Manten. Mittwoch 8 (B.), Hallesche Maschinenfabrik. — **Landsbitderfir.** 28.: 10 Manten, Mittwoch 8 (B.), Mantey. — **Bergmannstrost:** 4 Mantey. — **Stadtmission:** 8 Evangelisation. Dienstag 8 Gemeinschaft. Donnerstag 8 Blaukreuzbibelbesprechung. Sonnabend 8 Blaukreuz-Fam.-Abend. — **St. Bartholomäus:** 10 Kuntz, 6 Hellwig. Freitag 8 bibl. Betpr., Hellwig. — **Petrus:** 10 Hellwig. — **Trotha:** 10 Henrich. — **Diemitz:** 2½ Predd.

Christliche Gemeinschaft, Liebenauerstraße 4 (am Rannischen Platz). Sonntag 10 Uhr Bibelstunde, E. Ruthe, 11¼ K., 4½ Uhr bibl. Vortrag, derselbe. Donnerstag 8 Uhr Bibelbesprechung.

Christliche Gemeinschaft in der Landesblinde, Margaretenstraße 5. Sonntag: 11 K., 8 Evangelisation. Montag: 8 Jugendbund für E. C. i. Männer. Mittwoch: 8 desgl. für i. Mädchen. Donnerstag: 8 B.

St. Franziskus- und Elisabethkirche. Sonntag: 7, 8 und ½10 Uhr hl. Messen, 3½ Uhr Hochamt. Abends 6 Uhr Segensandacht.

Büschdorf. Sonntag 10 Uhr Prüger. Mittwoch, den 14. d. M., abends 7 Uhr alte Schule: Gemeindebend mit Vortrag des P. Maude, Heilanstalt Mellenau, über „Im Kampf um die Reinheit".

Aula der Talamtschule, Dreyhauptstraße 3. Sonntag abend ½8 Uhr Vortrag von Pastor H. Holzschuher (Methodistenkirche). Thema: **Das Glück und Ende (Sodoms Ende). Auch Chorgesänge.** Der Zutritt für jedermann ist frei.

Aula des Stadtgymnasiums. Sophienstraße. Sonntag, den 11. und Mittwoch, den 14. Januar, je abends 8 Uhr Bibelstunde. Abend, Sonntag früh 8 Uhr Gebetsstunde. Geiststraße 58, um 11 Uhr daselbst Kindergottesdienst.

Ev.-Luth. Gem., Magdalenenkapelle. 10 Uhr Predigt Cand. Lehmann aus Betzig. 3 Uhr Weihnachtsfeier im Dorfgemeinhaus, Kl. Klausstraße 16.

— **Bischof Hennig in Halle.** Der bekannte Bischof der Herrnhuter Brüdergemeine, D. Hennig, spricht am Montag, den 12. Januar, abends 8 Uhr im Hörsaal 14 b unserer Universität vor dem „Akademischen Missionsverein Halle" über „David Livingston und sein Lebenswerk", am Dienstag, den 13. Januar, abends 8¼ Uhr im Auditorium maximum vor der „Kolonialen Arbeitsgemeinschaft in Halle" über „Ostafrika und wir". Zum letzteren Vortrage sind alle Freunde der Mission, zum zweiten besonders die vaterländischen Verbände recht herzlich eingeladen.

— **Volkshochschule.** In der „Literarischen Reihe" spricht am Montag, den 12. Januar, Hochschulprofessor Dr. Fritz Brüggemann-Aachen über das Thema „Der Kampf um die bürgerliche Welt- und Lebensanschauung in der deutschen Literatur des 18. Jahrunderts." — In der Woche vom 12. bis 17. Januar beginnen alle Vortragsreihen und Kurse, wenn im Arbeitsplan nicht ausdrücklich ein anderer Anfangstermin angegeben ist.

— **Eines Missionslichtbildervortrags** über China wird Sonntag, den 11. Januar, abends 8 Uhr pfarrer Bach im Paulusgemeindehaus, Hohenzollernstraße 11, halten. Die Christentumsbewegung in diesem Millionenreich, das ein Viertel der ganzen Menschheit umfaßt, ist außerordentlich interessant und bedeutsam. Auch unsere Berliner Missionsgesellschaft hat ihren Anteil daran durch eine Reihe von Stationen, Missionaren und Missionsschwestern; unter den letzteren befindet sich auch eine Hallesche Lehrerin, Fräulein Käthe Meinhof, eine Tochter unseres Stadtsuperintendenten. Der Eintritt zu dem Vortrag ist frei.

— **Der Dieb auf der Straße.** Am 6. Januar ist von einem Geschäftshandwagen, der kurze Zeit unbeaufsichtigt auf der Straße stand, ein Paket, in braunem Papier eingeschlagen, gestohlen worden. Das Paket enthielt zwei wertvolle stahlblaue, an den Seiten buntgeblümte neue Steppdecken. Vor Ankauf wird gewarnt. Sachdienliche Angaben nimmt die Kriminalpolizei, Dreihauptstraße 4, Zimmer 38, entgegen.

Aus den Gerichtssälen

Blinder Eifer. . . .

An einem Sonntag fuhr der Fleischer K. mit der vorletzten Straßenbahn durch die Leipzigerstraße nach dem Markt. Bei der Ulrichkirche wollte er den Wagen verlassen. Da aber nicht gehalten wurde, wie er es gewünscht hatte, griff er entgegen den Bestimmungen selbst nach der Leine und läutete dreimal. Dreimaliges Läuten ist aber ein Notsignal, das den Führer zwingt, den Wagen sofort zum Halten zu bringen. Als B. nun ausstieg, folgte ihm sogleich der Schaffner und forderte ihn auf, zur Feststellung seines Namens auf die nächste Polizeiwache zu kommen. B. stieg auch wieder auf den Wagen. Doch oben entstand eine regelrechte Prügelei zwischen ihm und dem Schaffner. Der Schaffner des zweiten Wagens wollte dem Kampf ein Ende machen, erhielt indes ebenfalls Faustiritte und Faustschläge. Natürlich kam auch B. nicht ohne Schaden davon. Gegen den Strafbefehl in Höhe von 50 Mark hatte er Einspruch erhoben. „Wenn ein erwachsener Mensch die Leute so verhaut, sollte er ganz ruhig sein," bemerkte ihm der Vertreter der Anklage. Es blieb denn auch bei der ursprünglichen Strafe.

Ein edler Pole.

In Schochwitz fanden sich stets zwei Polen aus Halle am Sonnabend ein und trieben ihr Wesen in der dortigen Polenkaserne bis zum Montag. An einem Sonntag kam der Vorschnitter mit einem neuen Rade in das Gasthaus. Die beiden hatten kurz vorher ihr altes Rad verkauft und wollten sich nun in den Besitz eines neuen setzen. Weil ihnen die Gelegenheit günstig erschien, gingen sie dem Vorschnitter nach und kauften beim Gastwirt einige Zigaretten. Während der Vorschnitter telephonierte und in der Zwischengeit das Rad neben sich hinstellt, setzte sich der eine von den beiden Polen in den Besitz des Rades und machte sich schleunigst davon. Der Vorschnitter entdeckte bald seinen Verlust. Nach vergeblichem Suchen drohte er mit dem Wachtmeister. Da verschwand auch der zweite Pole schleunigst. Um nicht noch ergriffen zu werden, begab er sich nicht zur nächsten Station, sondern lief erst eine Meile weit, ehe er die Bahn zu benutzen wagte. Jetzt stand er vor dem Richter. Unbestritt war er natürlich wie alle seine Landsleute, die mit den deutschen Gesetzen in Konflikt kommen. Ebenso verstand er natürlich kein Wort deutsch, obwohl er genau der Verhandlung folgte. Von seinem Genossen wolle er nichts wissen; er hatte ihn nie gekannt. Trotz seiner Unschuldsbeteuerungen konnte sich das Gericht von seiner Unschuld nicht überzeugen und verurteilte ihn zu 5 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 3 Wochen der Untersuchungshaft.

Wieder einmal der „Klassenkampf".

Im August 1924 brachte der „Klassenkampf" einen flammenden Protest gegen das brutale Vorgehen eines Merseburger Schupobeamten, der friedliche Passanten fürchterlich mißhandelt, ins Gesicht geschlagen, gegen ein Haus gemeinen und herumgezerrt habe. Die heutige Verhandlung ergab das völlig Haltlose der Beschuldigung. Zwei junge Leute kamen im angetrunkenen Zustande und wollten auf offener Straße ihre Notdurft verrichten. Der Schupobeamte forderte sie auf, weiterzugehen. Sie weigerten sich, gaben auch ihre Namen auf Befragen nicht an und gingen nicht mit zur Wache, weil der Beamte nur eine Mütze trug. Erst als Hilfe kam, ließen sie sich abführen. Frl. Gundermann, die als verantwortliche Redakteurin gezeichnet hatte, entschuldigte sich mit Arbeitsüberhäufung, die es unmöglich macht, jeden Artikel zu lesen. Diesen Grund konnte das Gericht natürlich nicht gelten lassen. Wegen der Schwere der Beleidigung, die geeignet sei, den Beamten herabzusetzen, erkannte es bei der Jugend der Angeklagten und ihrer damaligen Unbestraftheit auf eine Geldstrafe von 30 Mark und sprach dem Beamten das Recht zu, das Urteil im „Klassenkampf" und in der „Merseburger Zeitung" auf Kosten der Angeklagten zu veröffentlichen.

Volkswirtschaft

Bund der Zuckerfabriken.

In Magdeburg ist am 8. Januar ein „Bund der Zuckerfabriken" gegründet worden, um unberechtigten und übermäßigen Ansprüchen von Kaufrübenanbauvereinen, die neuerdings in der Altmark, im Bezirk Magdeburg und in Anhalt mit ausgesprochener Frontstellung gegen die Zuckerfabriken geschlossen worden sind, wirksam entgegenzutreten. Der neugegründete Bund der Zuckerfabriken, der fast alle Zuckerfabriken Mitteldeutschlands, namentlich diejenigen der Provinz Sachsen, des Freistaates Anhalt, des Freistaates Sachsen, Thüringen, Braunschweig usw. umfaßt und in seiner Geschlossenheit und Wuchtigkeit schon jetzt ein wirtschaftlich wichtiger Faktor ist, will auf der einen Seite die in ihm vereinigten Zuckerfabriken gegenüber unberechtigten und übertriebenen Ansprüchen von Organisationen schützen, andererseits aber auch bei seinen Mitgliedern sicherstellen, daß der rübenanbauende Landwirt, gleichgültig ob er Pflicht- oder Kaufrüben anbaut, einen angemessenen Gegenwert für das Produkt erhält. Die im Bunde der Zuckerfabriken zusammengeschlossenen Roh- und Weißzuckerfabriken lehnen es ab, mit Organisationen von Kaufrübenvereinen zu verhandeln, werden aber ihre besondere Stellungnahme den einzelnen kaufrübenanbauenden Landwirten in unmittelbaren Verhandlungen zwischen ihnen und Fabriken angedeihen lassen.

Der Stand der Ernte vom November. Laut Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes im „Reichsanzeiger" wurden im Deutschen Reiche geerntet: Winterweizen von 1 271 782 Hektar 2 091 049 To. (2 488 765 To. 1923); Sommerweizen von 194 523 Hektar 336 583 To. (408 317 To. 1923); Winterroggen von 4 123 453 Hektar 5 588 980 To. (6 580 134 To. 1923); Sommerroggen von 186 105 Hektar 145 988 To. (101 380 To. 1923); Wintergerste von 107 440 Hektar 212 589 To. (284 300 To. 1923); Sommergerste von 1 388 715 Hektar 2 137 871 To. (2 126 860 To. 1923); Hafer von 8 524 668 Hektar 5 654 008 To. (6 106 958 To. 1923), davon 9,2 Proz. erkrankt (2 Proz. 1923); Zuckerrüben von 394 447 Hektar 10 266 586 To. (8 696 119 To. 1923); Futterrüben von 731 976 Hektar 23 347 840 To. (21 992 858 To. 1923); Zugerne von 271 278 Hektar 1 480 902 To. (1 578 289 To. 1923); Heu von 5 450 383 Hektar 23 240 669 To. (23 354 613 To. 1923); Klee von 1 875 627 Hektar 8 861 891 To. (9 588 573 To. 1923).

Brikettherstellung Deutsch-Oberschlesiens. Die Brikett-Produktion Deutsch-Oberschlesiens bewegt sich nach einem Bericht des Fachblatt „Industrie-Kurier" von Januar bis November 1924 in den einzelnen Monaten wie folgt: Januar 8572 Tonnen; Februar 8242 Tonnen; März 8506 Tonnen; April 17 058 Tonnen; Mai 5888 Tonnen; Juni 12 206 Tonnen; Juli 20 235 Tonnen; August 21 442 Tonnen; September 25 525 Tonnen; Oktober 25 969 Tonnen; November 22 789 Tonnen. Zusammen: 176 432 Tonnen.

Steinkohlenbergwerke Becker, A.-G. Die Beratung über die Reichsmarkbilanz der Gesellschaft wurde vom Aufsichtsrat vertagt, als in der letzt stattgefundenen Aufsichtsratssitzung die bekannte Verschiebung im Aktienbesitz durch wurde.

Preiserhöhung für Tempergutz. Der Verein deutscher Tempergießereien hat nach genauer Ueberprüfung festgestellt, daß die Selbstkostenberechnung eine Erhöhung der Tempergußpreise um 6 M. pro 100 Kilogramm bedinge. Es ist dies ein Ausmaß, wie es der vom Verein deutscher Eisengießereien ab 1. Januar 1925 für Grauguß tatsächlich festgesetzten Erhöhung entspricht. Mit Rücksicht auf die allgemeine Lage und von dem Bestreben geleitet, das Preisniveau in möglichst niedrigem Rahmen zu halten, ist jedoch beschlossen worden, den ab 1. Okt. 1924 geltenden Mindestpreis von 0,75 Rm. pro Kilogramm vorläufig bestehen zu lassen. Dieser Preis kann aber nur als äußerster Mindestpreis für leicht zu formende Stücke ohne Kern- und Qualitätsansprüche bei großen schlanken Aufträgen in Frage kommen.

Einschränkung der ost-oberschlesischen Rohzinkproduktion. Die ost-oberschlesische Rohzinkproduktion, die im vorigen Vierteljahr ungefähr 16 000 Tonnen betrug, wird im laufenden Vierteljahr eingeschränkt werden. Es sind beträchtliche Vorräte vorhanden. Der Absatz hat nachgelassen.

Staatskredite für die ost-oberschlesische Industrie? Die polnische Regierung hat den maßgebenden Industriellen in Ost-Oberschlesien die Erklärung zugehen lassen, daß sie Staatskredite im laufenden Jahre nur in sehr beschränktem Umfange hergeben wird. Das ist im Vorjahre an die polnische Regierung von industrieller Seite abgesandte Memorandum betreffend tiefgehende Reduktion der Steuersätze für die ost-oberschlesische Industrie ist noch nicht beantwortet worden.

Weser-Mühlen-A.-G., Hameln. Die Verwaltung beantragt eine Erhöhung des Rm.-Kapitals um 2,2 Mill. Rm.

Produkte.

Berlin, 9. Jan. Da die argentinischen Forderungen hoch gehalten wurden, blieben die niedrigeren amerikanischen Notierungen ziemlich einflußlos. Hieraus erklärte sich die Deckungsnachfrage für Weizen und Roggen, die den Preisen eine Stütze bot. In inländischen Roggen zeigte sich wohl einiges Angebot, doch hielten die Verkäufer auf Preise. Im Verlaufe zeigte sich vermehrte Nachfrage der Mühlen, die schon vorher, namentlich von der Küste bestanden hatte. In Gerste war das Angebot genügend, die Preise waren aber für bessere Qualitäten gut behauptet. Hafer lag für feine Sorten bei genügendem Angebot fest, geringere Sorten waren genügend offeriert. Das Mehlgeschäft blieb unverändert sehr ruhig. Die Kleiepreise waren fest. Futterartikel waren behauptet.

Gattung	9. 1.	
Weizen, märk. 1 t	238	242
Roggen, märk. 1 t	228	235
Gerste 1 t	281	293
Hafer, märk. 1 t	175	184
Mais 2 Ztr.	221	224
Weizenmehl, 2 Ztr.	32,50	34,75
Roggenmehl, 2 Ztr.	31,75	34,50
Weizenkleie	15,30	16,10
Roggenkleie	15,30	15,90
Leinsaat (1 t)	420	425
Rapsöl	—	40,5
Kartoffelflocken	21,00	23,00
St. Speisekartoffeln	20,00	22,00
Futterkartoffeln	19,00	20,00
Peluschken	15,00	16,00

Gattung (2 Ztr.)	9. 1.	
Ackerbohnen	18,00	19,00
Wicken	16,00	18,00
Lupinen blaue	11,00	13,00
gelbe	—	15,00
Serradella, alte	10,00	12,00
neue	18,00	18,00
Rapskuchen	18,00	18,20
Leinkuchen	—	26,00
Trockenschnitzel	—	9,50
Zuckerschnitzel	—	—
Tonnenkleie	9,60	10,00
Kartoffelstärke, weiß. 1 Ztr	19,00	19,50
Kartoffelstärke, rote	—	—

Leipziger Börse vom 9. Januar

	9. 1.	8. 1.
Adca.	3,30	3,40
Lpz. Hyp.-Bk.	6,40	6,80
Sächs. Bk.	52,60	52,60
Hall. Pfänner	17,	17,10
Mansfeld	5,	5,—
Oelsnitz	70,	71,—
Elsterwerk	1,90	1,80
Zimmermann Halle	56,—	59,
Germania Chemn.	8,70	8,60
Hartmann Chemn.	7,80	7,40
Kirchner	28,—	29,—
Peniger	4,80	5,—
Pittler	20,	21,—
Presto	118,00	117,50
Schönherr	15,80	15,30
Schub. u. Salzer	142,5	14,60
Sondermann	0,375	375
Wolan	8,60	8,60
Kölmann	7,—	7,—
Zimmern, Chemn.	2,20	2,20
Kaffl. Zucker	14,—	14,25
Chemn Spinne	8,2	8,20
Dürfeld	2,20	2,10
Pfeilerhöhn	15,40	15,70
Gera Jute	— —	20,—
Kamm. Gautsch	4,80	4,90
Köbe	13,75	13,70
*Lpz. Baumwolle	143	143 G
Lpz. Kammgarn	15,9	16,00
Lpz. Spinn	8,50	8,30
Lpz. Tricot	5,—	5,
Lpz. Wolle	102,0	102,0
Meccane Kamm.	88,	86,—
Mitto. Baumwolle Sp.	35,—	35
Mitto Baumw. Web.	27,	27,
Nordb. Wolle	72,—	73,—
Kamm. Hartham	90	90

	9. 1.	8. 1.
Stöhr	60,50	62,—
Textilöse	2,30	2,25
Thür Wolle	105,9	106,0
Tittel u. Kr.	41,	49,—
Trümper	82,—	83,—
Wernsh	9,60	9,75
Zittau M. W.	10,—	10,—
Platz Schkeuditz	47,—	47,—
Burg. Kunstm.	4,—	4,12
Glanz. Zucker	28,75	29,—
Halle Zucker	28,—	25,50
Körbisdf. Zucker	125	125,0
Ostfr. Zucker	61,—	61,25
Oschersl. Zucker	80,50	81,—
Gröbzig	10,60	10,75
Naraldi	12,75	12,80
Nordh. Glanzkun	82,	80,
Peter	1,20	1,10
Quedlb. Zucker	7,—	7,—
Quedl u. Klebl.	9,60	9,80
Schles. Zucker	8,60	8,75
Piano Kimm.	10,9	11,—
*Lindner	83,	82,50
Kauchm Walther	120,0	120,0
*Meuner	87,50	87,50
Sächs. Werk	2,50	2,25
Schneider	7,—	7,—
Thür. Gas	12,50	12,50
Preßitz A	182	182
Preßitz B	885	885
Preßitz C	585	585
Hohburger Quarz	115,0	115,0
Simrth Steina	8,10	9,—
Emil Pinkau	17,—	17,—
Dermatoid	72,—	78,—
Altenburger Sandkreit.	1,30	1,30
Ver. Chem. Zeitz	7,75	7,75

Die mit * versehenen Papiere werden zu Goldkursen gehandelt.

Wertbeständige Anleihen

	9. 1.	8. 1.
5 % Anh. Roggenm.	6,90	6,60
5 % Bd 20. Elect. Kohle 1	11,50	12,—
4 % Ges. Hyp B. G. Pf.	—.	—
Berl. Roggenanl.	6,35	6,—
5 % Hesd. Fr. El. W. Kr.	2,16	2,11
5 % Braunschw.-Han. Pfb. Kohl.	—.—	—.—
Bresl. Nürnberg. Grundl. Kto.	13,50	13,25
6 % Elektro-Anwedherd.	2,50	2,40
7 % Ev. Landesk. Anhalt Roggenm.-Rentbr.	7,—	7—
6 % do.	6,50	6,75
5 % Frankf. Handbr. St. Gold	—.—	—.—
5 % Gothe Grdkt.	—.—	—.—
Großraum. Hann. S. R. 1	12,60	12,60
Großkr. Mannh. Kohl.	11,10	—.—
5 % Hess. Brt. Rp. R.	5,75	5,75
Kurz- u. Neumm. Roggenanl.	5,75	5,75
Landsch. Zentr.-Bodg. 1	5,25	5,40
5 % Lpz. Hyp. Crt. Gold	1,76	—.—
5 % Mecklenbg.-Schwerin Roggenm.-Anl. I	6,41	6,46
5 % Mecklenbg.-Schwerin Roggenm.-Anl. II	—.—	—.—
5 % Meinina. Hyp. Bk. Gold	1,76	1,76
5 % Neckar Gold Anl.	60,50	64,—
5 % Nordd. Grundk. St. Gold	1,76	1,76

	9. 1.	8. 1.
Oldenb. Roggen-Anw	22,20	22,28
Ostpr. Ent. Kohle	—.—	9,—
Ur. Goderit. Gold	1,75	1,75
5 % Gr. Ctr. Bodr Gold	70,	70,—
5 % do. Gold Kommk	—.—	68,—
Br. Anl. Goderit.-Kogn.	5,43	5,42
5 % do. Roggen-Komm.	5,36	55,2
5 % Preuß. Kalis.-Anl.	3,82	58,8
5 % do. Roggenm.-Anl.	5,40	5,50
5 % Sächs. Schl.-Wes.-Kr.	5,38	5,26
10 % Prov.-Sächs. landschaftl. Gold-Pfdbr.	93,—	92,50
5 % Sächs.-Mein.-Bon. G.	64,10	65,50
5 % Sächs.-Weim.-Bdr. Kog.	—.—	—.—
5 % do. do. Kogn. Komm	5,60	5,60
5 % Sächsische Rentenbr.-St.	5,30	5,40
5 % Schles. Brnt.-Wt. 1	2,90	2,—
do. Anlg. 3	2,10	2,—
do. Anlg. 4	—.—	2,06
5 % Schl. Staatl Kogn	6,20	6,10
5 % Schles. Bdr. Gold	1,76	1,76
Schles. Bdch.-Kogn. 1	5,14	5,24
5 % Schw.-S. G. R. G. n. R	70,—	70,—
5 % do. Bdch. Krd. Kog	5,05	5,00
5 % Thür. ev. Kirche Kogenm.-Anl	—.—	6,40
5 % Westd. Bdr. Gold	1,76	1,84
5 % Westfälische Prov.-Kohle 26	9,20	9,80
5 % do. do. Pfdbr.	—.—	6,90
5 % Zuckerrübkt. Gold	70,87	70,87

¹) Bill. Mk. p. Zonne¹ * Bill. Mk. p. Zentner. § Bill. Mk. p. 100 kg. p. 50 Mk. kg. Bill. p. 1 g.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192501102-13/fragment/page=0003

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 9. Januar.

Preise verstehen sich ab Lager in Deutschland für 100 Kilo

Elektrolytkupfer	142.75	Orig.-Hütten-Aluminium (in Walzdraht od. Drahtst. 99%)	240-245
Zinkhüttenverbandspreis		Zinn (Banca-Straits-Australia)	555-565
Raffinade-Kupfer	131.50—132.50		
Orig.-Hütt.-Weichol.	84.0—85.0	Hüttenzz. (mind. 99%)	50-55
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	75.00—78.00	Reinnickel (98-99%)	225-235
Remelted-Platt.-Zink	69.0—70.0	Antimon (Regulus)	135-137
Orig.-Hütten-Aluminium, Rein. W. dr. Bl.	230-235	Silber in Barren, fein, für 1 kg	93.50—94.50

Wertpapiere.

Berlin, 9. Jan. Nach der gestrigen ziemlich starken Abschwächung zeigte sich heute die Börse recht widerstandsfähig und eine ganze Reihe von Werten konnte einen Teil des gestrigen Verlustes wieder einholen. Die gestrigen Abschwächungen erwiesen sich wieder einmal als Vorstoß der Spekulation, wobei unkontrollierbare Gerüchte, die sich größtenteils als falsch erwiesen haben, herhalten mußten. Trotz der schwierigen innen- und außenpolitischen Lage läßt sich das Publikum nicht aus der Fassung bringen und namentlich das Rheinland legt andauernd Kaufaufträge hierher, wobei die Entschädigungsauszahlungen der Regierung eine Rolle spielen dürften. Allgemein genommen nahm das Geschäft jedoch keine große Ausdehnung an. Die in den letzten Tagen favorisierten Papiere waren auch heute wieder gesucht und fest. So Oberkofs, Goldschmidt, Charlottenburger Wasser, am Rentenmarkt hat sich das Geschäft wieder etwas belebt. Namentlich blieben weiterhin Schatzanleihen, Vorzugsobligationen und Vorkriegspfandbriefe gesucht. Man rechnet damit, daß bald nach Zustandekommen einer Regierung in der Aufwertungsfrage eine Lösung gefunden werden wird. Gegen Mittag hörte man Kriegsanleihe mit 0,04, 3½prozentige Konsols 1,412, 23-R-Schätze 2,65, Invanzanleihe 120, Schutzgebietsanleihe 6.75, Mm Schmerz blieb tägliches Geld weiter sehr leicht und findet nicht genügend Unterkunft. Die Meldung, mit der gestern operiert wurde, daß die Rentenbank einen großen Teil ihrer kurzfristigen Kredite gekündigt habe, erweist sich als falsch. Wie der „Deutsche Handelsdienst" schon früher gemeldet hat, werden die Zurückziehungen nur sehr langsam, um den Markt nicht zu stören, vorgenommen. Tägliches Geld notiert 8—12 Proz., Monatsgeld 11—14 Proz., Privatdiskont 8¾ Proz. Am internationalen Devisenmarkt setzt sich die Aufwärtsbewegung des Pfundes fort. Auch der Gulden blieb fest.

Frankfurt, 9. Jan. Die heutige Börse eröffnete für Aktienwerte weiter abgeschwächt; Bad. Anilin 31¾, Höchster Farben 26¾, Phönix 57, Mannesmann 55½. Freiverkehr: Api 2¼, Becker Stahl 1¾, Becker Kohle 7¾, Brown Boveri 1,2, Ifa 18%, Krügersdall 11¾, Dt. Petroleum 19¾, Waggon Rastatt 6¼, Kabel Rheydt 7¾. Geldsätze unverändert. Monatsgeld 10 Proz. pro Jahr.

Hamburg, 9. Jan. Die Haltung an der heutigen Börse war bei ruhigem Geschäft etwas schwächer. Hamb. Süd — 0,4, Roland — 0,15. Eisenbahnen behauptet, ebenso Werft- und Fischereiaktien. Am Markt der lokalen Anleihen verloren Hemmoor 0,5, M. E. G. 0,6, Merck 0,5, Guano 0,35, Nobel 0,15 und Schorlemer Honig 0,25 Prozent. Kolonial- und Plantagenwerte ruhig und unverändert.

Leipzig, 9. Januar. (Freiverkehr.) Hansa Lloyd —, Heckert —, Kammgarn Silberfäh. 0,08, Leh Armstedt —, Plauter Kattor Apog —, Polack Gummi 0,7, Riesaer Bank 0,4, Buckau 8, Zörbig Bank 0,08.

Ostbörsen.

Berlin, 9. Jan. Bukarest Geld 2,165, Brief 2,175; Warschau Geld 80,85, Brief 80,75; Kattowitz Geld 80,45, Brief 80,55; Riga Geld 80,50, Brief 80,90; Reval Geld 1,117, Brief 1,128; Kowno Geld 41,52, Brief 41,73; Polen Geld 79,95, Brief 80,75; Lettland gestrichen; Estland gestrichen; Litauen gestrichen; Posen Geld 80,50, Brief 80,90; Athen Geld 7,63, Brief 7,67.

Druck und Verlag von Otto Thiele.
Leiter der Redaktion: Adolf Lindemann.
Verantwortlich für die Politik: Adolf Lindmann; für Lokales, Handel und Industrie: Dr. Otto Thiele; für Feuilleton, Mitteilungen und Sport: Dr. Theodor Podbusky; für den Anzeigenteil: Paul Rettig; Umlauf in Halle — Berliner Schriftleitung: Berlin SW. 61, Büchersträße 12. Leitung: Alfred W. Kantel.

Berliner Börse vom 9. Januar 1925

Kurse in RM für 100 M. * in RM für 1 Mill.	8.1.	9.1.
Dt. Dollarsch.	–	90.2
Amerikanische Noten	4.2	4.2
Holländische Noten	168.1	167.9
Englische Noten	20.4	20.4
Französische Noten	27.8	27.8
Schweizerische Noten	81.1	81.1
Italienische Noten	18.8	18.8
Tschechoslowakei	12.4	12.4
Wien	59.1	59.1
Spanien	63.1	63.1
Dänemark	112.4	112.4
Norwegen	81.1	81.1
Schweden	112.4	112.4
Helsingfors	10.5	10.5
Japan	1.9	1.9
Konstantinopel	2.4	2.4
Buenos Aires	168.1	168.1
Rio de Janeiro	18.8	18.8
Montreal	4.2	4.2
Budapest	59.1	59.1
Belgrad	7.4	7.4
Bukarest	2.4	2.4
Madrid	63.1	63.1
Sofia	3.1	3.1
Lissabon	18.8	18.8
Athen	7.4	7.4
Prag	12.4	12.4
Riga	80.8	80.8
Reval	112.4	112.4
Kopenhagen	112.4	112.4
Kowno	41.5	41.5
Warschau	80.8	80.8
Konstantinopel	2.4	2.4

	8.1.	9.1.
Deutsche Reichsanleihe	0.04	0.04
Preußische Staatsanleihe	0.04	0.04
Sächsische Rente	0.04	0.04
Schutzgebietsanleihe	6.75	6.75
Schatzanweisungen	2.65	2.65
Deutsche Reichsbahnvorzugsaktien	120	120